

## Über das Elend der Trierer Kommunalpolitik

Nicht weniger als die kommunale Selbstverwaltung steht auf dem Spiel: Wenn der Stadtrat beispielsweise eine Verwaltungsvorlage „einstimmig“ verabschiedet, wie unlängst beim Entscheid über das „Mobilitätskonzept 2025“ in Trier geschehen, obwohl zuvor die Ortsbeiräte „angehört“ wurden und dort die demokratisch legitimierten Vertreter/innen aus der Bürgerschaft in vielen Stadtteilen mehrheitlich „gegen“ die Vorlage gestimmt hatten, dann muss etwas in einer sich demokratisch nennenden Entscheidungsstruktur nicht stimmen, wenn danach im Stadtrat trotzdem eine „einstimmige“ Entscheidung zustande kommt. Wäre das Ergebnis im Stadtrat ein Ausdruck der demokratischen Vielfalt des Bevölkerungswillens vor Ort, dann hätte man erwarten können, dass das Entscheidungsergebnis im Rat sehr viel differenzierter ausgefallen wäre. Zumindest hätte die ablehnende Haltung vieler Ortsbeiräte in den Stadtteilen vor Ort sich in dem Endergebnis des Rates widerspiegeln müssen. Denn wie will man dieses Ergebnis des Stadtrates „demokratisch“ nennen, wenn es den Willen der Bürger/innen vor Ort überhaupt nicht darstellt?

Man könnte geneigt sein zu sagen, – wie es auch vielfach passiert –, dass der Stadtrat sich eben dadurch von den vielen Ortsbeiräten in den verschiedenen Stadtteilen unterscheidet, dass er eine „Gesamtsicht“ auf die Bedürfnisse der Stadt repräsentiert und somit nicht jedem „Einzelwillen“ der verschiedenen Stadtteile gerecht werden könne. Dieses Argument hat eine gewisse Plausibilität, aber eben eine nur sehr begrenzte. Denn wenn – wie bei der Entscheidung zum „Mobilitätskonzept 2025“ geschehen – keine einzige Gegenstimme (!) zu verzeichnen ist, obwohl die Meinungen der Ortsbeiräte **zuvor** „angehört“ wurden, weil die Gemeindeordnung dies so vorsieht und darüber hinaus sicherstellen will, dass der Bürgerwille der Anwohner/innen vor Ort dadurch gebührend „gehört“ im Stadtrat findet, dann muss man zu dem notwendigen Urteil kommen, dass der Rat der Stadt Trier in diesem Falle eben nicht auf die Bedürfnisse der Bürger/innen vor Ort „gehört“ habe. Selbst nicht nur eine kleine Minderheit von Stadträten hat nicht auf das Votum der Ortsbeiräte „gehört“, sondern überhaupt niemand, d.h. keiner der Bürgervertreter/innen im Stadtrat! Wenn der Rat der Stadt Trier aber in seiner Meinungsbildung in keinem einzigen Einzelfall auf das Votum der Ortsbeiräte vor Ort zurückgegriffen hat, wie will er dann noch behaupten, er „repräsentiert“ den Willen der Bürger/innen der „gesamten Stadt“ in Bezug auf die konkrete Entscheidung bezüglich dieser Verwaltungsvorlage? Tatsächlich hat keiner (!) der anwesenden Ratsherren und –damen im Stadtrat den ausdrücklichen Willen der Ortsbeiräte vor Ort sich zu Eigen gemacht! Weshalb soll diese Entscheidung dann noch „demokratisch“ genannt werden? Eines ist jetzt schon klar: „Bürger nah“ kann sie auf keinen Fall genannt werden.

Doch genau dieser Umstand ist zur Zeit das Ärgernis verschiedener Ortsbeiräte in Trier. Neben meinen eignen, zahlreichen Kommentaren zu diesem Thema auf dieser Homepage seit dem Jahre 2009 – die zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen verstreut hier nachzulesen sind – hat sich im letztem Jahr vor allem der Ortsbeirat aus Heiligkreuz geschlossen (!) zu dem Thema der möglichen Relevanz kommunalpolitischer Meinungsbildung in den Ortsbeiräten in einem Brief geäußert. Zahlreiche spontane Reaktionen zeigen, dass dieser Brief den Unmut vieler Ortsbeiräte gegenüber der Verwaltung, aber auch gegenüber den Entscheidungsprozessen im Stadtrat selbst, zum Ausdruck bringt (vgl. mein Antwortschreiben auf dieser Homepage). Die erste Reaktion des Stadtvorstandes in Trier war es aber, die einzelnen „Ortsbeiratsvorsitzenden“ zu einem Gespräch zusammen zu holen, um sie sich ihrer Solidarität mit der Verwaltung zu versichern zu lassen ebenso wie sie ihre Zufriedenheit mit der Arbeit der Verwaltung Ausdruck zu geben sollten und auch gaben. Dies geschah jedoch, **ohne dass zuvor** der sog. „Brandbrief“ aus Heiligkreuz in den verschiedenen

Ortsbeiräten auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte, um dort diskutiert werden zu können (vgl. Kürenz). In diesem Fall haben die „Ortsbeiratsvorsitzenden“ jedoch NUR ihr jeweils eigenes Verständnis von Kommunalpolitik zum Ausdruck gebracht – keinesfalls aber eine „demokratisch“ legitimierte und repräsentative Meinung des Bürgerwillens der verschiedenen Stadtteile vor Ort zum Ausdruck gebracht. Ebenso muss die Entscheidung des Stadtrates der Stadt Trier beurteilt werden, der „einstimmig“ das „Mobilitätskonzept 2025“ verabschiedet hatte, obwohl verschiedene Ortsbeiräte mehrheitlich dagegen waren. In beiden Entscheidungen spiegelt sich somit der Wille der politisch vertretenen Bürger/innen nicht. Mein eignes Schreiben, das ich den Ortsbeiräten in Kürenz verschicken ließ, wurde als ein „privates Schreiben von mir“ abgetan und nicht weiter diskutiert.

Womit hängt dieser Umstand nun polit-strukturell zusammen?

Zum einen muss man hier erwähnen, dass zahlreiche Stadträte der Stadt Trier auch als Vertreter/innen verschiedener Parteien in den unterschiedlichen Ortsbeiräten in Trier vor Ort sitzen. Während aber sehr viele Entscheidungen (einen bestimmten Stadtteil betreffend) in den Ortsbeiräten vor Ort häufig „einstimmig“ gefällt werden, oder doch mit einer „breiten Mehrheit“ quer durch die verschiedenen Parteien, weil hier vor Ort die „Sachpolitik“ überwiegt und nicht parteipolitische Kalküle, die für alle politisch Verantwortlichen sichtbare und notwendige Entscheidungen vor Ort korrumpieren, stimmen die gleichen Abgeordneten, die im Ortsbeirat noch einhellig für eine gemeinsame Sache im Stadtteil gestimmt hatten, im Stadtrat der Stadt nun aber – offenkundig aus parteipolitischem Kalkül heraus - gegenteilig zu ihrer ursprünglichen politischen Willensäußerung im Ortsbeirat ab. Dieser politische „salto mortale“ ist mit dafür verantwortlich, dass die gleichen Entscheidungsträger sich im „Ortsbeirat“ und im „Rat der Stadt“ unterschiedlich verhalten, mit der „ungehörigen“ Folge, dass sie den politischen Willen der Menschen vor Ort nicht mehr (demokratisch) zum Ausdruck bringen, sondern NUR noch den parteipolitisch „abgestimmten“ Willen ihrer eigenen Parteikolleginnen und Kollegen, mit dem vornehmlichen Ziel, sich als Parteikonkurrenten gegeneinander mit einem eigenem Parteien-Profil abzuheben.

Zum anderen versuchen auch die Dezernenten und Dezernentinnen in der Verwaltung eigene Akzente in ihrer (politischen) Verwaltungsarbeit zu setzen. Diese Vorstellungen müssen nicht unbedingt mit denen der Bürger/innen in den verschiedenen Stadtteilen übereinstimmen. Auch dieser Unterschied im Willen ist jedoch teilweise durch parteipolitische Vorurteile zu verstehen oder durch vermeintliche „Sachkompetenz“ bezüglich verschiedener Lösungen und vorgegebener Verwaltungsvorschriften. Aber selbst bei übergeordneten Vorgaben, an die die Verwaltung zunächst gebunden ist, gibt es Gestaltungsspielräume und auch offenen Widerstand, um etwas zum Besseren in einer Stadt zu verändern (- was jedoch nur selten ausgeschöpft wird). Es kommt aber auch vor, dass Verwaltungsvorlagen, die vom Stadtrat beschlossen wurden, über die Jahre von der Verwaltung einfach nicht weiter vorangetrieben oder umgesetzt werden (vgl. Beispiele auf meiner Homepage). Selbst der Rat der Stadt Trier reglementiert dieses eigenmächtige Vorgehen der Verwaltung nicht, wenn es denn eigenen parteipolitischen Zielsetzungen mittlerweile entspricht. (vgl. Hierzu den Briefverkehr mit der ADD auf dieser Homepage, die in einem konkreten Fall auch nicht eingreifen wollte.)

Desweiteren ist das politische Prozedere in Trier derart pervertiert, das die Dezernatsausschüsse und Fachausschüsse des Stadtrates die zu entscheidenden Verwaltungsvorlagen **vor** der Weitergabe an die Ortsbeiräte **entscheiden**, so das die nach der Gemeindeordnung zwingend vorzunehmende „Anhörung“ der Ortsbeiräte vor der Entscheidung des Stadtrates eine bloße Farce bleibt. Denn Gremien, die, wie die Ortsbeiräte, zwar die unterste Ebene der Kommunalpolitik bilden, dafür aber

direkt von der Bevölkerung gewählt und legitimiert wurden, haben nur dann einen kommunalpolitischen Sinn, wenn sie auch etwas entscheiden „können“ und nicht nur pro forma angehört werden, wonach der Stadtrat dann aber nach anderen Kriterien (z.B. parteipolitischen) entscheidet als nach den Kriterien, die für die Mitglieder des Ortsbeirates zuvor entscheidend waren (hier: z.B. Bürgernähe und das Wissen um die bestnötigste Problemlösung vor Ort). Wenn sich die Verwaltung über dieses Wissen der Bürger/innen in den Ortsbeiräten aber „hinwegsetzt“ oder die berechtigten Anliegen der Menschen vor Ort nur „abwiegelt“, dann hat die Stadtverwaltung ein ernstes Demokratieproblem – was in Trier des Öfteren wohl der Fall ist.

In den meisten Fällen werden die politischen Entscheidungen aber in den verschiedenen „Fachausschüssen“, in die nach einem Quotenschlüssel anteilmäßig verschiedene Vertreter/innen der Parteien/Fraktionen gewählt werden sowie die Dezernenten/innen mit ihrem Verwaltungsmitarbeiterstab sitzen, vorbereitet, diskutiert und abgesprochen. Jede Fraktion im Rat hat aber auch das Recht, Entscheidungen so zuzusagen „durchzuwinken“, um nicht schon im Fachausschuss zu einer sichtbaren Entscheidung zu kommen, sondern erst in der Ratssitzung, wo de facto endgültig politisch entschieden wird. Begründet werden diese „Verschiebungen“ einer Entscheidung durch eine Fraktion in den Fachausschüssen in der Regel mit dem Argument, man müsse sich „fraktionsintern“ noch absprechen. Angestrebt wird hierbei ein möglichst „einstimmiges“ Ergebnis in einer Fraktion, damit nach außen hin nicht ein Bild von Zerrissenheit oder gar Meinungsverschiedenheit in einer Sache vermittelt wird, sondern die Illusion von einer unerschütterlichen parteipolitischen Einmütigkeit dem Bürger vermittelt werden kann. Wegen der Mehrheitsverhältnisse in einem Stadtrat werden „Abweichler“ von der Mehrheitsmeinung in einer Fraktion mitunter auch politisch gemoppt, weil sie nicht dem mehrheitlichen Parteiwillen entsprechen und demgegenüber auf ihrer eigenen Meinung beharren (– obwohl diese „singuläre Meinung“ ja durchaus dem Willen der Bürger/innen in einem Stadtteil vor Ort voll und ganz entsprechen kann). In seinem solchen Konfliktfall muss man die demokratischen Entscheidungsprozesse aber als ziemlich grobschlächtig und Bürgerfern beurteilen (lernen).

Damit solche „Zwischenfälle“ aber nicht unter den Tisch fallen und politisch ignoriert werden, haben sich verschiedene Vertreter/innen aus den Ortsbeiräten Anfang des Jahres 2013 in Heiligkreuz zusammengesetzt, um als politisch engagierte Bürger/innen etwas an den (vor-)herrschenden politischen Entscheidungsprozessen in der Trierer Kommunalpolitik zu verändern.

Mein Vorschlag bezieht sich in diesem Zusammenhang auf das weiter oben beschriebene unterschiedliche Abstimmungsverhalten von Mandatsträger/innen, die sowohl in einem Ortsbeirat als auch im Stadtrat sitzen (und hier häufig ein sehr unterschiedliches Abstimmungsverhalten an den Tag legen). In diesem Zusammenhang ist es vor allem wichtig, zu sehen, dass die „Fachsitzungen“ von den einzelnen Dezernaten vorbereitet werden. In den allermeisten Fällen werden nur wenige Tagespunkte „öffentlich“ besprochen. Die allermeisten Punkte werden dagegen „hinter verschlossenen Türen“, d.h. also nur intern und „nicht öffentlich“ beraten. Allerdings wird zu jeder Fachausschusssitzung in der Rathauszeitung und in anderen Medien „öffentlich“ eingeladen. Die engagierten Bürger/innen, die ihre Sachthemen vor Ort selbstverständlich auch im Stadtrat vertreten sehen möchten, werden aber schnell enttäuscht, weil kaum ein Thema aus den oben genannten Gründen wirklich öffentlich besprochen wird. Allerdings wäre diese „Öffnung“ ein notwendiges Merkmal von Demokratie! Wie sonst soll der engagierte Bürger verstehen lernen, dass seine von ihm gewählten Mandatsträger/innen sich in den verschiedenen politischen Gremien des Ortsbeirates anders verhalten als in den Fachgremien der Verwaltung und im Rat der Stadt Trier?

Hier gilt es eine unmittelbare demokratische Kontrollinstanz, nämlich die Bürgernähe, wieder in die politischen Gremien zu transportieren und nicht einfach nur zu dulden, dass sich die Fraktionen „intern unter sich“ in den Fachausschüssen in ihrer politischen Haltung parteipolitisch „vorabbesprechen“, ohne dass die gesamte Bürgerschaft (einschließlich der Medien) etwas von den Entscheidungsfindungsprozessen im Rat mitbekäme.

An dieser Stelle wird wiederholt von der „Vertraulichkeit“ der Vorlagen und von einem „verantwortungsbewussten Umgang mit den Informationen“, die die Mandatsträger/innen dort erhalten, gesprochen. Andererseits berichten die Medien der Stadt in der Regel und generell schon am Tag nach einer Fachsitzung von den dort „vertraulich“ besprochenen Inhalten, Einstellungen und Meinungen der Fraktionen. Aber dennoch sind diese „Informationen“ ein entscheidender Machtfaktor, der sogar so hoch angesetzt wird, dass „Einzelmandatsträger/innen“ keinen „Sitz“ und kein „Sprechrecht“ in den einzelnen Ausschüssen erhalten (- wie in Trier zu meiner Zeit als „parteiloser Mandatsträger“ geschehen). Der Grund ist klar: Bestimmte Informationen dienen der parteipolitischen Akzentuierung der vermeintlich kommunalpolitischen Arbeit im Stadtrat. – Sie dienen damit aber nicht primär den Willen und die Bedürfnisse der Bürger/innen in den Stadtteilen vor Ort möglichst Optimal umzusetzen! Das sind nun ebenso zwei verschiedene Schuhe wie es schon zwei verschiedenen Gremien waren, in den die gleichen Mandatsträger/innen mitunter sehr unterschiedlich in ihren politischen Entscheidungen zur Abstimmung kommen. – Um dieses Verhalten demokratisch (!) besser kontrollieren zu können, ist es unabdingbar, dass die Beratungen der Fachausschüsse bürgeröffentlich stattfinden müssen. Wenn dagegen auch die Dezernats- bzw. Fachausschusssitzungen generell öffentlich abgehalten werden, dann erübrigt sich auch das mögliche Problem der Verschwiegenheit von selbst. Was „verschwiegen“ werden soll (oder werden muss), gehört in die verschiedenen Fraktionssitzungen der unterschiedlichsten Parteien, die sich dort auch intern eine Meinung bilden können sollen. Ansonsten haben aber auch die politisch interessierten Bürger/innen ein Vorrecht an den Sitzungen ihrer gewählten Vertreter/innen öffentlich teilzunehmen, um den Entscheidungsfindungsprozess zwischen den Fraktionen mit zu vollziehen.

Die erweiterte Fassung der Forderungsliste der Ortsbeiräte in Trier, die sich Anfang des Jahres 2013 in Heiligkreuz getroffen hatten, soll bis zum 15.03.2013 in den jeweiligen Ortsbeiräten vor Ort auf die Tagesordnung gesetzt werden und diskutiert werden, wobei vor allem die noch 1. umstrittenen Punkte der öffentlichen Tagung der Fachausschüsse, 2. der verschwiegene Umgang mit Informationen sowie 3. die Frage, ob und inwiefern die „Fraktionen“ mit ins „Reformboot“ genommen werden sollen und mitgenommen werden können, vorrangig geklärt werden müssen.

Die beste Lösung für dieses gesamte Problemgeflecht hat aber – man verzeihe mir diese Vorliebe – die Linke in ihrem kommunalpolitischen Wahlprogramm 2009 schon formuliert. Dort heißt es unter anderem unter dem Stichwort „Stadtentwicklungspolitik“, dass „jeder Stadtteil und jedes Quartier in Trier ein entsprechendes „Management“ benötigt. [...] Aus diesem Grund will sich DIE LINKE für eine Institutionalisierung eines professionellen Quartiermanagements in jedem einzelnen Stadtteil einsetzen. [...] Das böte die Gewähr, die Entwicklung der einzelnen Stadtteile und die Umsetzung der Stadtteilrahmenplanungen voran zu treiben und die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form weiterhin an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Schließlich waren die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen gewesen, sich mit ihrem Votum zur Stadtentwicklung zu äußern. Die Schwerpunkte dieser Stadtteilarbeit sollen in Absprache mit den Ortsbeiräten durchgeführt werden. DIE LINKE setzt sich für eine partizipative Selbstverwaltung in den Stadtteilen Trier ein.“ (Kommunalpolitisches Wahlprogramm für die Stadt Trier, 2009, S. 12f)

Zu diesem kommunalpolitischen Konzept gehört es selbstverständlich auch, dass der Stadtrat verschiedene Aufgaben an die Ortsbeiräte delegiert, um sich so einerseits selbst zu entlasten und andererseits die durchaus vorhandene Sachkompetenz der Ortsbeiräte vor Ort stärker für die entsprechenden politischen Entscheidungen in der Stadt zu nutzen. Die Budgetierung in und für die Ortsbeiräte muss somit ausgeweitet werden und darf nicht – wie vom Oberbürgermeister vorgesehen und lange Zeit gerechtfertigt – wieder gekürzt oder gar ganz zurückgenommen werden.

Werden diese Vorschläge, wovon die Veränderungsliste aus Heiligkreuz nur einen ersten, aber dennoch dringend notwendigen Anfang darstellt, nicht mehrheitlich umgesetzt werden, dann wird es bei den nächsten Kommunalwahlen in Trier nicht mehr die nötigen, politisch engagierten Mitbürger/innen geben, die sich für die politischen Gremien in der Stadt als Kandidaten (parteilich) aufstellen lassen, um – wie bisher weiter - an der Illusion der kommunalen Selbstbestimmung mitzuwirken.